

CIA: FDP will Rolle Fischers klären

Die Aufklärung der **Geheimdienst-Affäre** geht weiter – und es tauchen immer mehr Fragen auf. Dass **deutsche Beamte** in Syrien und auf Guantanamo Terror-Verdächtige verhört, bringt die Opposition auf die Barrikaden.

VON MARGARETE VAN ACKEREN

BERLIN Zur Aufklärung des Falles el Masri will die FDP jetzt auch die Aktivitäten des damaligen Außenministers Joscha Fischer klären. Es bleibe die Frage, wann der frühere Außenminister von den Vorgängen erfahren und welche Aktivitäten er entwickelt habe, sagte FDP-Fraktionschef Gerhardt gestern nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages. Auch der CDU-Außenpolitiker Eckart von Klaeden forderte Aufklärung darüber, was Fischer konkret unternommen habe, nachdem er vom Fall el Masri erfahren habe.

„Es gibt keine Hinweise, dass der in Syrien inhaftierte Zamar gefoltert worden ist“

Die Debatte über die deutsche Zusammenarbeit mit der CIA führt offenbar weniger zu einer Abarbeitung als zu einer Anhäufung von Fragen. Mit zum Teil heftiger Kritik reagierte die Opposition gestern auf die Mitteilung vom Vortag, dass deutsche Sicherheitskräfte im US-Gefangenenlager auf Kuba und in Syrien Terror-Verdächtige verhört haben.

„Ein Outsourcing von Folter kann und darf es nicht geben“, warnte Wolfgang Wieland, Innenpolitiker der Grünen. Es sei nicht vertretbar, dass sich deutsche Ermittler an Vernehmungen in Syrien oder Guantanamo beteiligten. Dies sei „eine deutliche Überschreitung der roten Linie“. Genau an der Frage aber, wo die „rote Linie“ ist, scheiden sich die Geister. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) machte in der Sitzung des Innenausschusses deutlich, dass sie aus seiner Sicht nicht überschritten worden sei. Es gebe keine Hinweise, dass der in Syrien inhaftierte Terrorverdächtige Zamar gefoltert oder misshandelt worden sei. Die FDP befand kurzerhand: „Guantanamo ist die rote Linie.“

Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, hielt

dagegen: Im Kampf gegen den Terror gehe es vor allem um Vorbeugung. Daher sei die Informationsgewinnung im Vorfeld von überragender Bedeutung. Der FDP-Innenexperte Max Stadler forderte, der Bundestag müsse grundsätzlich die Grenzen der Zusammenarbeit mit Staaten prüfen, die Gefangene nicht rechtmäßig behandeln. Dass Nachrichtendienste zusammenarbeiteten, ohne in jedem Einzelfall zu hinterfragen, wie die Informationen gewonnen worden seien, sei Arbeitsalltag. Wenn aber deutsche Behörden in Guantanamo aktiv würden, ginge dies „über die Grenze des Opportunismus hinaus“.

Und was ist mit der Grenze des Legalen? Haben sich deutsche Behörden durch ihr Agieren etwa auf Guantanamo völkerrechtswidrig verhalten? Prof. Christian Tietje, Völkerrechtler von der Universität Halle, sieht bisher keine Anzeichen dafür. Das erläuterte er im Gespräch mit unserer Zeitung so: Es spreche einiges dafür, dass die Verhaftungen und In-



Außenminister Steinmeier im Bundestag – gestern stand er dem Auswärtigen Ausschuss zur CIA-Affäre Rede und Antwort. FOTO: DDP

INFO

Regeln im Krieg

Zwölf Staaten unterzeichneten am 6. Juni 1864 die erste **Genfer Konvention** zum Schutze von Menschen in **Kriegszeiten**. Später wurde die Konvention durch die Abkommen der Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 sowie durch das Abkommen von 1929 ergänzt. Diese Verträge finden sich zusammengefasst und erweitert in vier Genfer Konventionen vom **12. August 1949**. Zwei Zusatzprotokolle vom 6. Juni 1977 ergänzen die Bestimmungen. Weitere **Hinweise:** www.drk.de/voelkerrecht/genferkonventionen

Weggeschlossen in Guantanamo

VON GODEHARD UHLEMANN

DÜSSELDORF Murat Kurnaz war am 3. Oktober 2001 von Frankfurt ins pakistanische Karatschi geflogen. Drei Monate später wurde er von US-Soldaten in einem Treck afghanischer Taliban-Kämpfer in Pakistan festgenommen. Er wurde auf den US-Stützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba ausgeflogen. Seitdem sitzt er dort in einem Hochsicherheitslager, abgeschirmt von der Welt, der rechtlichen Überprüfung weitgehend entzogen. Wie rund 500 weitere Gefangene wird er aus Bremen stammende Deutschland als des Terrorismus verdächtigt. Diesen Vorwurf weist er zurück. Er habe sich 2001 auf einer religiösen Studienreise befunden.

Der in Syrien inhaftierte Haydar Zamar, der vor dem 11. September 2001 al-Qaida-Statthalter in Hamburg war, soll bei Verhören – so Spiegel Online – erklärt haben, den „Bremer Taliban“ Kurnaz nach Afghanistan „vermittelt“ zu haben.

„Unrechtmäßige Kombattanten“

Das Lager Guantanamo ist seit seiner Einrichtung im Januar 2002 juristisch umstritten. Da es außerhalb der USA liegt, ist nach Ansicht der Regierung in Washington die US-Justiz für die Abwicklung der Verfahren nicht zuständig. Die Amerikaner sehen in den Häftlingen keine Kriegsgefangenen, die nach den Vorschriften der Genfer Konvention zu behandeln sind. Ihrer Ansicht nach handelt es sich um

„unrechtmäßige Kombattanten“, die von einem Militärgericht abgeurteilt werden können.

Die Genfer Konvention und die Haager Landkriegsordnung haben festgeschrieben, wer Kämpfer ist und wie er nach seiner Gefangennahme behandelt werden muss. Kriegsgefangene dürfen nicht wegen ihrer Teilnahme an militärischen Handlungen bestraft werden, die sich im Rahmen des Völkerrechts halten. Allein die Bestrafung wegen Kriegsverbrechen oder wegen der Verantwortlichkeit für andere Straftaten komme in Betracht – wie eine Verwicklung in Planung oder Ausführung der Terroranschläge des 11. September. In diesem Fall muss aber die individuelle Schuld nachgewiesen werden.

Kriegsgefangene dürfen nur in Lagern, nicht in Gefängnissen festgehalten werden. Das Rote Kreuz darf mit ihnen ohne Zeugen sprechen, sie können Kontakte zu Angehörigen aufnehmen und Hilfsleistungen empfangen. Handschellen sind nicht ohne weiteres erlaubt.

Recht zur Selbstverteidigung

Die Genfer Konvention findet bei einem bewaffneten Konflikt Anwendung, unabhängig davon, wer der Angreifer ist und wer Selbstverteidigung ausübt. Sie ist nur in internationalen bewaffneten Konflikten anwendbar, Bürgerkriege fallen nicht darunter.

Das Taliban-Regime übte seine Macht in über 90 Prozent Afghanistans aus. Die USA beriefen sich auf

haftierungen, die die USA vorgenommen hätten, völkerrechtswidrig gewesen seien. Nach heutigem Kenntnisstand müsse man davon ausgehen, dass die Inhaftierungen der mutmaßlichen Terroristen unter Verletzung grundlegender Menschenrechtsstandards erfolgt seien. Deshalb stelle sich die Frage, ob deutsche Beamte mit Vernehmungen auf Guantanamo diese völkerrechtswidrigen Handlung unterstützen hätten: „Das würde ich aber verneinen“, sagt Tietje mit Blick auf den bisherigen Kenntnisstand. Begründung: Bei der Verhaftung handle es sich um einen abgeschlossenen Vorgang in der Vergangenheit.

Keine Androhung von Gewalt

Entscheidend bei der Bewertung der Rolle der deutschen Beamten sei, ob sie selbst sich vor Ort korrekt verhalten hätten. Sie dürften nicht foltern oder Gewalt androhen und müssten etwa das Recht des Gefangenen, zu schweigen, berücksichtigen. Auf Verstöße von deutscher Seite gegen solche Regeln gebe es bisher keine Hinweise. „Es liegt also nach meiner Interpretation keine Beihilfe zum Völkerrechtsdelikt vor“, so Tietje. Diese Frage wäre allerdings anders zu beantworten, sofern sich Beamte auf Guantanamo bei der Vernehmung eine Schwächung der Gefangenen zunutze gemacht hätten, um Informationen zu gewinnen, die sie sonst nicht bekommen hätten.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) stand dem Auswärtigen Ausschuss gestern in aller Frühe erneut Rede und Antwort. Auch der Chef des Bundesnachrichtendienstes, Ernst Uhrlau, nahm an der Sitzung teil. Steinmeier hat nach Informationen unserer Zeitung dort weitere Vorgänge geschildert, die er aber anonymisiert und zu denen er auch kaum konkrete Daten genannt haben soll. Diese Informationen sind dem geheim tagenden parlamentarischen Kontrollgremium vorbehalten.

KOMPAKT

„Image-Kampagne“ – SPD spricht von Verfassungsbruch

DÜSSELDORF (hüw) Auch nach der von SPD und Grünen beantragten Aktuellen Stunde des Landtags bleibt es bei den gegensätzlichen Einschätzungen zu einem Papier aus der Staatskanzlei, das Vorschläge zu öffentlichen Auftritten des Ministerpräsidenten macht. Die Opposition spricht von einer „Image-Kampagne“ der Staatskanzlei; SPD-Fraktionschefin Kraft erhob den schweren Vorwurf des Verfassungsbruchs. CDU und FDP wiesen die Vorwürfe zurück. Regierungschef Rüttgers meinte, es gebe in NRW Wichtigeres zu tun, als solche Debatten zu führen. Während Europaminister Michael Breuer (CDU) am Vortag noch behauptet hatte, Rüttgers habe „die Inhalte des Papiers nicht akzeptiert, stellte Rüttgers klar, dass er es als „sehr gut“ bewertet habe. Aus seiner Umgebung hieß es, dies bedeute natürlich nicht das Einverständnis mit allen Einzelpunkten.

Studie: Milliardenausfall durch Tanktourismus

PASSAU (ddp) Die geplante Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte und die Beimischungspflicht von Biokraftstoffen wird den Tanktourismus in Deutschland weiter ankurbeln und damit ab 2007 zusätzliche Steuerausfälle von mindestens 1,1 Milliarden Euro verursachen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der „Forschungsstelle für fiskalische Effekte internationaler Steuersatzdifferenzen“ in Leipzig. Verglichen mit dem Jahr 1999 verliere der deutsche Staat durch Autofahrer, die wegen günstiger Preise lieber im Ausland tanken, bereits jetzt jährlich 2,3 Milliarden Euro.

Anzeige

Stauder.
Die kleine Persönlichkeit, im Restaurant **Im Schiffchen.**

40489 Düsseldorf, Kaiserswerther Markt 9, Tel.: 0211/401050

Söder erwartet erneute Spitzenkandidatur Stoibers



MÜNCHEN (ddp) Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) wird nach Ansicht von CSU-Generalsekretär Markus Söder trotz des Wirbels um seinen Führungsstil bei der nächsten Landtagswahl wieder antreten. Söder sagte der „Bild“-Zeitung: „Ich gehe davon aus, dass Edmund Stoiber 2008 erneut unser Spitzenkandidat sein wird.“ Der Ministerpräsident sei „ein Kämpfer“ und werde nun „seine ganze Arbeitsleistung in die Landespolitik investieren“. FOTO: DDP

LESERBRIEFE

Sozialer Aufstieg

Gazprom-Affäre

Erhellend ist bei dieser Affäre, was Gerhard Schröder 1977 – damals als Jungsozialist – so alles zum Thema „sozialer Aufstieg“ prophezeite: „Die SPD hat es als ihre Aufgabe angesehen ... ihren Mitgliedern den sozialen Aufstieg zu ermöglichen ... Solche Karrieren (führen) zu erheblichen Veränderungen in der persönlichen Sphäre des Einzelnen. Die SPD ist deshalb mehr als bürgerliche Parteien in der Gefahr, von den negativen Folgen eines menschlich nicht bewältigten Aufstiegs – gesellschaftlicher Entfremdung, finanzieller Maßlosigkeit und politischer Entsolidarisierung – betroffen zu werden ... Mit dem Erreichen einer Spitzenposition ist häufig ein steiler gesellschaftlicher Aufstieg verbunden. Die finanzielle Ausstattung dieser Ämter ist durchweg so üppig, dass der dorthin Gelangte sich vor dem Hintergrund seines früheren Lebenszuschnittes plötzlich in einer Situation sieht, in der er meint, sich „alles leisten zu können“. Sein altes

materielles Wertgefüge gerät aus den Fugen. Er orientiert sich an dem Standard einer exklusiven Oberschicht und richtet sich in seinen Standards meist unkritisch nach diesen Standards ein.“

Stefan Herre
51427 Bergisch Gladbach

Gegönnt

Schröders neue Jobs

Gerhard Schröder soll Aufsichtsratsvorsitzender der Ostsee-Gaspipelin AG werden. Was soll's. Gerhard Schröder hat als Bundeskanzler sowohl im Inland (Steuerreform) als auch im Ausland (China, Russland, Arabien) viel bewirkt zu Gunsten der deutschen Unternehmen. Deshalb sei ihm dieser Job gegönnt. Bei VW war im Moment nichts frei. In diesem Zusammenhang wird vergessen, dass sowohl Helmut Kohl als auch Theo Waigel vor einigen Jahren von Leo Kirch für die Beratung des Medienzars jeweils 1,5 Millionen D-Mark erhalten haben sollen.

Horst Lambrecht
46562 Voerde

Fatal

NRW-Streichliste

Es ist fatal und nicht nachvollziehbar, dass die Zuschüsse für Kindertagesstätten um 20 Prozent gekürzt werden sollen. Das ist ein Schritt in die absolut falsche Richtung, gerade vor dem Hintergrund der „Bildungsoffensive“ für NRW. Bei der neuen Landesregierung ist die Botenschaft noch nicht angekommen, dass Bildung nicht erst mit sechs Jahren, mit dem Schuleintritt beginnt. Die frühen Kindheitsjahre sind so prägend wie keine anderen; nie lernt ein Kind wieder so schnell und viel wie zu Anfang. Was hier versäumt wird, muss später mit viel Mühe nachgeholt werden. Deshalb muss zu Beginn der „Bildungskarriere“ viel investiert werden. Auch die Kindertagesstätten müssten gestärkt werden, die Betreuungskonzepte um- und ausgebaut werden, statt bloßer Verwahrung müssen Bildung und vielfältige Anregungen verstärkt Einzug halten! Kinder müssten willkommen sein in unserer Gesellschaft und ihre Förderung, Bildung und ihr Wohlergehen den Staat nicht erst ab dem sechsten Geburtstag interessieren. „Was

Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ So wird das jedenfalls nix mit der Bildungsoffensive.

Claudia Kemner
47906 Kempen

Wie geht das?

„Wir sparen zu viel“

Ich könnte jedes Mal schmunzeln, wenn ein Theoretiker wie Prof. Bofinger dem Normalverbraucher erklärt, er würde zu wenig Geld ausgeben. Er soll mir und meiner Familie mal erklären, wie wir das machen. Wie soll man sparen, wenn ständig die Kosten steigen, für Gas, Strom, Benzin, Mehrwertsteuer, Krankenkassen, Zusatzversicherungen. Vielleicht sollte der Herr Professor mal ein Jahr mit dem Geld auskommen, das ein Normalverdiener mit nach Hause bringt, und dann kann er mir und den anderen, die angeblich „zu viel“ sparen mal erklären, wie wir unbedenklich unser hart erarbeitetes Geld in die Geschäfte tragen können, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Silke Springmann
40878 Ratingen



Krise im Blick: **Bundesfinanzminister** Peer Steinbrück. FOTO: ANDREAS KREBS

Alternative

Bundeshaushalt

Die Rheinische Post berichtet, dass Bundesfinanzminister Peer Steinbrück auf der Suche nach Erleuchtung, wie er die maroden Staatsfinanzen sanieren kann, zu der Erkenntnis gelangt ist, es drohe eine europäische Währungs- und Wirtschaftskrise – wen wundert's? Bis Ende des Jahres hat die öffentliche Hand 1,5 Billionen Euro Schulden angehäuft. Wenn man monatlich eine Milliarde

Staatsschulden zurückzahlen würde, wären 115 Jahre bis zur Tilgung nötig. Das ist nicht mehr zu schaffen, und wohl auch nicht mehr gewollt. Entschlossenes Sparen auf der Ausgabenseite – Fehlzanzeige. Stattdessen wird eine massenhafte Neuverschuldung betrieben. Richten soll es in erster Linie wieder der Bürger und das erklärte Sparschwein der Nation – die Rentner. Eine höhere Mehrwertsteuer wird damit begründet: Sonst müssen die Renten um vier Prozent gekürzt werden – was für eine Alternative. An die Kürzung ihrer eigenen Übergangsgelder und Pensionen denkt keiner.

Alfredo Lange
40233 Düsseldorf

Leserzuschriften veröffentlicht die Redaktion ohne Rücksicht darauf, ob die darin zum Ausdruck gebrachten Ansichten mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich vor, sinnwahrende Kürzungen vorzunehmen. Die Redaktion legt Wert darauf, dass die Zuschriften mit Namen und Anschrift des Einsenders veröffentlicht werden. Für Rückfragen bittet die Redaktion, die Telefonnummer anzugeben. Unsere E-Mail Adresse: Leserbriefe@Rheinische-Post.de

CIA: FDP will Rolle Fischers klären

Die Aufklärung der **Geheimdienst-Affäre** geht weiter – und es tauchen immer mehr Fragen auf.

Dass **deutsche Beamte** in Syrien und auf Guantanamo Terror-Verdächtige verhört, bringt die Opposition auf die Barrikaden.

VON MARGARETE VAN ACKEREN

BERLIN Zur Aufklärung des Falles el Masri will die FDP jetzt auch die Aktivitäten des damaligen Außenministers Joschka Fischer klären. Es bleibe die Frage, wann der frühere Außenminister von den Vorgängen erfahren und welche Aktivitäten er entwickelt habe, sagte FDP-Fraktionschef Gerhardt gestern nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages. Auch der CDU-Außenpolitiker Eckart von Knaeden forderte Aufklärung darüber, was Fischer konkret unternommen habe, nachdem er vom Fall el Masri erfahren habe.

Die Debatte über die deutsche Zusammenarbeit mit der CIA führt offenbar weniger zu einer Abarbeitung als zu einer Anhäufung von Fragen. Mit zum Teil heftiger Kritik reagierte die Opposition gestern auf die Mitteilung vom Vortag, dass deutsche Sicherheitskräfte im US-Gefangenenlager auf Kuba und in Syrien Terror-Verdächtige verhört haben.

„Ein Outsourcing von Folter kann und darf es nicht geben“, warnte Wolfgang Wieland, Innenpolitiker der Grünen. Es sei nicht vertretbar, dass sich deutsche Ermittler an Vernehmungen in Syrien oder Guantanamo beteiligten. Dies sei „eine deutliche Überschreitung der roten Linie“. Genau an der Frage aber, wo die „rote Linie“ ist, scheiden sich die Geister. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) machte in der Sitzung des Innenausschusses deutlich, dass sie aus seiner Sicht nicht überschritten worden sei. Es gebe keine Hinweise, dass der in Syrien inhaftierte Terrorverdächtige Zamar gefoltert oder missandelt worden sei. Die FDP befand kurzehand: „Guantanamo ist die rote Linie.“

Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, hielt

dagegen: Im Kampf gegen den Terror gehe es vor allem um Vorbeugung. Daher sei die Informationsgewinnung im Vorfeld von überragender Bedeutung. Der FDP-Innenexperte Max Stadler forderte, der Bundestag müsse grundsätzlich die Grenzen der Zusammenarbeit mit Staaten prüfen, die Gefangene nicht rechtmäßig behandeln. Dass Nachrichtendienste zusammenarbeiteten, ohne in jedem Einzelfall zu hinterfragen, wie die Informationen gewonnen worden seien, sei Arbeitsalltag. Wenn aber deutsche Behörden in Guantanamo aktiv würden, ginge dies „über die Grenze des Opportunen hinaus“.

Und was ist mit der Grenze des Legalen? Haben sich deutsche Behörden durch ihr Agieren etwa auf Guantanamo

völkerrechtswidrig verhalten? Prof. Christian Tietje, Völkerrechtler von der Universität Halle, sieht bisher keine Anzeichen dafür. Das erläuterte er im Gespräch mit unserer Zeitung so: Es spreche einiges dafür, dass die Verhaftungen und In-

„Es gibt keine Hinweise, dass der in Syrien inhaftierte Zamar gefoltert worden ist“

INFO

Regeln im Krieg

Zwölf Staaten unterzeichneten am 6. Juni 1864 die erste **Genfer Konvention** zum Schutze von Menschen in **Kriegszeiten**. Später wurde die Konvention durch die **Abkommen der Haager Friedenskonferenz** von 1899 und 1907 sowie durch das **Abkommen von 1929** ergänzt. Diese Verträge finden sich zusammengefasst und erweitert in vier **Genfer Konventionen** vom **12. August 1949**. Zwei **Zusatzprotokolle** vom 6. Juni 1977 ergänzen die Bestimmungen. Weitere **Hinweise**: www.dik.de/völkerrecht/genfer-konventionen



Außenminister Steinmeier im Bundestag – gestern stand er dem Auswärtigen Ausschuss zur CIA-Affäre Rede und Antwort. FOTO: COR

haftierungen, die die USA vorgenommen hätten, völkerrechtswidrig gewesen seien. Nach heutigem Kenntnisstand müsse man davon ausgehen, dass die Inhaftierungen der mutmaßlichen Terroristen unter Verletzung grundlegender Menschenrechtsstandards erfolgt seien. Deshalb stelle sich die Frage, ob deutsche Beamte mit Vernehmungen auf Guantanamo diese völkerrechtswidrigen Handlung unterstützt hätten: „Das würde ich aber verneinen“, sagt Tietje mit Blick auf den bisherigen Kenntnisstand. Begründung: Bei der Verhaftung handle es sich um einen abgeschlossenen Vorgang in der Vergangenheit.

Keine Androhung von Gewalt

Entscheidend bei der Bewertung der Rolle der deutschen Beamten sei, ob sie selbst sich vor Ort korrekt verhalten hätten. Sie dürften nicht foltern oder Gewalt androhen und müssten etwa das Recht des Gefangenen, zu schweigen, berücksichtigen. Auf Verstöße von deutscher Seite gegen solche Regeln gebe es bisher keine Hinweise. „Es liegt also nach meiner Interpretation keine Beihilfe zum Völkerrechtsdelikt vor“, so Tietje. Diese Frage wäre allerdings anders zu beantworten, sofern sich Beamte auf Guantanamo bei der Vernehmung eine Schwächung der Gefangenen zuzunutzen gemacht hätten, um Informationen zu gewinnen, die sie sonst nicht bekommen hätten.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) stand dem Auswärtigen Ausschuss gestern in aller Frühe erneut Rede und Antwort. Auch der Chef des Bundesnachrichtendienstes, Ernst Uhlrau, nahm an der Sitzung teil. Steinmeier hat nach Informationen unserer Zeitung dort weitere Vorgänge geschildert, die er aber anonymisiert und zu denen er auch kaum konkrete Daten genannt haben soll. Diese Informationen sind dem geheim tagenden parlamentarischen Kontrollgremium vorbehalten.